



GASTKOMMENTAR

Hannes Androsch

„Mission Impossible“

Der ideologisch motivierte Privatisierungswahn seit 2000, gekoppelt mit der Absicht, Budgetkosmetik zu betreiben, führte direkt zu dem Schlamassel, das bei Post, Telekom und vor allem der AUA entstanden ist. Bei dieser politischen Entscheidung wurde völlig außer Acht gelassen, dass es öffentliche Aufgaben gibt, die sich nur schlecht oder überhaupt

nicht für privatwirtschaftliche Tätigkeiten eignen oder jedenfalls andere Ordnungslinien einfordern.

Lange Zeit wurde das Post- und Telefonwesen als wichtige Infrastrukturaufgabe von der öffentlichen Hand wahrgenommen. 2001 wurde etwa bei der Privatisierung der Post verabsäumt, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und die Sicherstellung eines Universaldienstes für die Bevölkerung auch nach der Marktliberalisierung zu gewährleisten.

Das heißt, man hätte bei der Privatisierung der Post eine klare Trennlinie zwischen den privatwirtschaftlichen Erwartungen an ein börsennotiertes Unternehmen und jenen öffentlichen Versorgungsaufgaben ziehen müssen, die, auch wenn sie noch so effizient erledigt werden, kaum oder gar nicht

gewinnbringend sein können. Genau für diese Leistungen hätte daher die öffentliche Hand klare Vereinbarungen treffen müssen – etwa durch die Übernahme dieser Kosten durch Bund und Länder oder durch die Verpflichtung für die Mitbewerber, ebenfalls einen Universaldienst anzubieten.

Eine solche Leistungsver-

einbarung ist bislang unterblieben. Vielmehr hat man der privatisierten Post zusätzlich einen Berg Schulden aufgebürdet. Außerdem sind mehr als die Hälfte der Postmitarbeiter pragmatisierte Beamte, die daher nicht flexibel eingesetzt werden können.

Weiters ist die „amtliche“ Preisregulierung aufzuheben, weil Wettbewerb ohne freie Preisgestaltung nicht funktioniert und das Preiskorsett die Post geradewegs ins De-

saster führen muss. Und schließlich müssen für alle Mitbewerber am künftig offenen Postmarkt einheitliche Qualitätskriterien verpflichtend sein.

Nichts von all dem ist bisher absehbar. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie lange politische Willensbildung und deren Umsetzung in Gesetze dauert, wird rasch klar, dass es bis 2011 bereits „fünf vor zwölf ist“.

Wenn die Post nicht das selbe Schicksal wie die AUA erleiden soll, dann müssen die politischen Fehler und Versäumnisse aus der Vergangenheit rasch beseitigt werden. Die an die Post ergangene „Mission Impossible“ gehört beseitigt. Vielmehr muss es der Post endlich ermöglicht werden, privatwirtschaftliche Effizienz und öffentliche Versorgungsaufgaben zu verbinden.